

Die „Göttinger Erklärung“ von 1957

Gelehrtenprotest in der Ära Adenauer

ROBERT LORENZ

Was, um Konrad Adenauers willen, war dieser „Aufstand“, der in den Augen des Kanzlers einen „Schwall von zum Teil wenig angenehmen Dingen“¹ hervorgebracht und „in der deutschen Öffentlichkeit einen Sturm schärfster Proteste“² ausgelöst hatte? Die Unionsparteien gewannen die Bundestagswahl im Herbst 1957 mit einem überwältigenden Ergebnis von 50,2 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen. Doch fünf Monate vor einem der vielleicht spektakulärsten Wahlsiege westeuropäischer Demokratiegeschichte tobte der Bundeskanzler innerlich. Das Kuriose: Es waren keine linksradikalen Horden, keine sozialistischen Revolutionäre, nicht einmal sozialdemokratische Oppositionspolitiker, die den deutschen Regierungschef aufschrecken ließen. Nein, am 12. April 1957 veröffentlichten achtzehn namhafte Professoren der Physik und Chemie über westdeutsche Tageszeitungen einen Aufruf, der als die „Göttinger Erklärung“ in die Geschichte einging.³ In ihm zeigten sich die Unterzeichner von den Plänen einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr „mit tiefer Sorge“ erfüllt und fühlten sich „verpflichtet, auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen“. Anlass war eine Äußerung Adenauers vor der Presse, nach der „taktische“ Atomwaffen nichts weiter als eine bloße „Weiterentwicklung der Artillerie“ seien. Aus streng militär-terminologischer Sicht mochte dies stimmen, doch handelte es

-
- 1 Beide Zitate aus: Brief Adenauer an Heuss vom 17.04.1957, abgedruckt in: Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer. Briefe 1955-1957, Berlin 1998, S. 319.
 - 2 Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1967, S. 297.
 - 3 Diese waren: Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Pauli, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker und Karl Wirtz.

sich dabei um eine eindeutige Verharmlosung von Massenvernichtungswaffen. Das Manifest klärte deshalb darüber auf, dass auch „kleinere“ Nuklearsprengsätze ganze Städte ausradieren konnten, eine Wasserstoffbombe mitunter in der Lage war, einen „Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar“ zu machen. Hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung gaben die Atomforscher an, sich zwar „zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt“, zu bekennen, jedoch nicht „zu allen politischen Fragen schweigen“ zu können. Die Kernbotschaft war eine Absage an die militärische Nutzung von Nukleartechnologie: „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, dass es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet.“⁴

VON DER MAINAU NACH GÖTTINGEN: EIN VORGÄNGER-MANIFEST

Oggleich die Göttinger Erklärung seither als das Parade- und Pioniermanifest naturwissenschaftlicher Forscher gerühmt und geachtet wird, man in ihr den Ausgangspunkt einer neuen Gewissenhaftigkeit in den Laboren und Experimentierstätten sieht, war sie lediglich Epigone. Bereits am 15. Juli 1955 appellierten achtzehn Nobelpreisträger in einer Kundgebung von der malerischen Blumeninsel Mainau im Bodensee an die Strategen der Weltpolitik, sich doch endlich der besonderen Gefahr von atomarem Kriegsgerät bewusst zu werden.⁵

Allerdings erinnert man sich dieser „Mainauer Kundgebung“ lediglich in den Memoiren der beteiligten Akteure. Einen medialen Widerhall, der auch nur ansatzweise mit dem der Göttinger Erklärung zwei Jahre später vergleichbar gewesen wäre, fand sie hingegen nicht. Ebenso wenig hat sie sich in die Geschichtserzählung der Bundesrepublik eingepreßt.⁶ Dabei unterschied sich der Mainauer-Text bemerkenswerterweise inhaltlich nur geringfügig von dem 1957er Manifest. Gleichfalls warnte er vor den Gefahren eines Atomkriegs, die anscheinend nicht ausreichend bekannt wären und zudem alle Nationen betrafen, da der atomare Verseuchungstod unterschieds-

4 Der Text ist abgedruckt u.a. in: Hermann, Armin: Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Geschichte der Atomphysik, Hamburg 1993, S. 261 f.

5 Die „Mainauer Kundgebung“ ist als Faksimile abgedruckt in: Kraus, Elisabeth: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001, S. 162.

6 In Überblicksdarstellungen zur deutschen Geschichte findet die Göttinger Erklärung häufig, die Mainauer Kundgebung dagegen so gut wie nie Erwähnung.

los Neutrale wie Kriegführende treffe. Der Appell schloss mit der leicht pathetischen Forderung, alle Nationen müssten im Zeitalter der Atom- und Wasserstoffbombe „zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten“, ansonsten würden sie „aufhören zu existieren“.

Die Mainauer Kundgebung zeigte vor allem eines: Eine opulente Ansammlung von Laureaten – immerhin achtzehn Nobelpreisträger hatten sie unterzeichnet, bis zum Jahresende kamen 34 weitere hinzu –, die zu einem wichtigen Thema der Zeit öffentlich Stellung bezogen, reichte nicht aus, um die Mühlen der Politik in Bewegung zu setzen.

DIE MANIFESTANTENSCHAFT: KOLLEGEN, WEGGEFÄHRTEN UND FREUNDE

Bei den Göttinger Achtzehn handelte es sich nicht um eine zufällig zusammengewürfelte, spontan rekrutierte Manifestantenschaft. Vielmehr waren sie zuvor bereits in anderen Kontexten miteinander mehr oder weniger intensiv in Verbindung getreten, hatten sich ihre Biographien oft gekreuzt, waren häufig sogar miteinander eng verwoben. Dies reichte von losen Bekanntschaften bis zu engsten Zirkeln. Die meisten hatten während ihrer wissenschaftlichen Laufbahn irgendwann einmal in Göttingen studiert, promoviert, habilitiert und/oder doziert. Dabei begegnete man sich zum Plausch auf der Straße, unternahm gemeinsame Spaziergänge, musizierte, diskutierte und forschte.⁷ Untereinander waren die einen vielfach die Prüfer und Gutachter der anderen gewesen. Karl Wirtz, Carl Friedrich v. Weizsäcker und Werner Heisenberg beispielsweise kannten sich 1957 bereits seit Jahrzehnten, hatten bis dahin eng zusammengearbeitet und waren mithin Freunde geworden. Zusammen bildeten sie eine verschworene Troika – besonders während des Zweiten Weltkriegs war die „Heisenberg-Clique“ in Atomforscherkreisen als schlagfertige Aktionseinheit berüchtigt gewesen. Ein weiteres Trio ergaben Hans Kopfermann, Wilhelm Walcher und Wolfgang Paul.⁸ Walcher war in den 1940er Jahren Kopfermanns Assistent, Kopfermann seinerseits Gutachter und Freund Pauls. Paul wiederum hatte bei Walcher sein Examen ab-

7 Vgl. Herbig, Jost: Kettenreaktion. Das Drama der Atomphysiker, München/Wien 1976, S. 328-340; Hoffmann, Dieter: Operation Epsilon, in: ders. (Hg.): Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe, Berlin 1993, S. 9-59; Schlüpmann, Klaus: Vergangenheit im Blickfeld eines Physikers. Hans Kopfermann (1895-1963), in: <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a5.htm> [eingesehen am 02.11.2007].

8 Zur Kopfermann-Gruppe vgl. Schlüpmann (s. Anm. 7), <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm>, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a4.htm>, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a7.htm> und <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [jeweils eingesehen am 02.11.2007].

gelegt. Die drei fuhren sogar gemeinsam in den Ski-Urlaub. Kopfermann und Paul hatten sich zudem Ende Mai 1945 auf eine beschwerliche, zwei Wochen dauernde Fahrradreise durch das in Trümmern liegende Deutschland begeben, um in Erlangen wertvolles Forschungsgerät zu organisieren – so etwas schweißt zusammen.

Über solche feste Gruppierungen hinaus existierten noch lockere, über regelmäßige Gremienarbeit und private Sympathie langsam verfestigte Beziehungen, aber auch prägende Gemeinschaftserlebnisse.⁹ Zwischen Hahn und v. Laue hatte sich zum Beispiel während der NS-Zeit auf der Basis gemeinsamer Ablehnung des totalitären Regimes eine enge private Freundschaft entwickelt. Andere wiederum erwiesen sich gegenseitig Gefallen. So steckte Gerlach, der im kernphysikalischen Bereich der Militärforschung in den letzten Kriegsjahren eine führende Position bekleidete, seinen Kollegen „manchen Scheck“¹⁰ zu. Auch Entnazifizierungsschreiben wurden füreinander verfasst, als es nach dem Krieg um den Karriere-Neustart ging.¹¹ Born hatte seinen Studenten Heisenberg in den 1920er Jahren „sehr lieb gewonnen“¹². Bis auf zwei Personen arbeiteten zudem alle Manifestanten während des Kriegs gemeinsam im sogenannten „Uranverein“ an einem Energie erzeugenden Uranreaktor.¹³ Der „Uranverein“ bezeichnete einen Forschungsverbund verschiedener nuklearwissenschaftlicher Institute u.a. in Berlin, Heidelberg und Hamburg, der unter wechselnder Ägide vom Reichswissenschaftsministerium und dem Heereswaffenamt Arbeiten zur praktischen Kernenergieverwendung anstellte. Des Weiteren verbrachten Gerlach, Hahn, Heisenberg, Wirtz, v. Weizsäcker und v. Laue unmittelbar nach Kriegsende

9 Vgl. zu diesem Abschnitt Fischer, Peter: Atomenergie und staatliches Interesse: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Baden-Baden 1994, S. 272; Kraus 2001 (s. Anm. 5), S. 146; Müller, Wolfgang D.: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart 1990, S. 306 f.; Prüß, Karsten: Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Projekt Wissenschaftsplanung, Frankfurt am Main 1974, S. 331; Rechenberg, Helmut: Kopenhagen 1941 und die Natur des deutschen Uranprojekts, in: Kleint, Christian/ders./Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 160-191, hier S. 184; Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung in der BRD, Köln 1980, Fußnote 373/S. 76 f.

10 Zitiert nach Hoffmann, Klaus: Forschung und Verantwortung. Otto Hahn. Konflikte eines Wissenschaftlers, Frankfurt am Main 2005, S. 171.

11 Vgl. Sime, Ruth Lewin: Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung, Berlin 2004, S. 46 f.

12 Zitiert nach Hermann, Armin: Werner Heisenberg mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 22.

13 Vgl. Müller 1990 (s. Anm. 9), S. 553.

acht Monate in alliierterm Gewahrsam in annehmlicher Unterkunft in einem ostenglischen Landsitz bei Cambridge namens „Farm Hall“. Dort wurde eine „Schicksals- und Solidargemeinschaft“¹⁴ geschmiedet, die sich in der Nachkriegszeit fortsetzte. In der Villa bot man sich das persönliche „Du“ an, besprach Pläne für die Zukunft und stellte gemeinsame Deutungen der vergangenen Geschehnisse an.¹⁵ Fast ein Jahr lang betrieb man im festen Kreis Konversation: Gespräche, Diskussionen und Kontroversen, in denen man sich ausgiebig kennen und mögen lernte. Ein Großteil der Achtzehn gehörte sodann während der 1950er Jahre Beratungsgremien wie der Deutschen Atomkommission an. Die Göttinger Jahre in den 1920ern, der „Uranverein“ und „Farm Hall“: Es waren konkrete und abstrakte Orte der Zusammenkunft, gemeinsam durchlebter Extremsituationen und gesammelter Erfahrungen, an denen die universitäre von einer privaten Bekanntschaft ergänzt worden war, wodurch das Manifest nicht zuletzt auf einem seit vielen Jahren bestehenden Zusammenhalt und Gemeinschaftsempfinden einer Mehrheit der daran beteiligten Professoren basierte, die sich nicht erst zum Manifestieren zusammengefunden hatten.

Auch nach dem Manifest blieben die Göttinger Achtzehn übrigens eine in beständigem Kontakt stehende Formation, die sich ein gewisses Maß an Zusammenhalt und Gruppencharakter bewahrte. Nach der Bundestagswahl im September 1957 bekräftigten sie ihre Erklärung auf der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften am 28. September 1957 in Heidelberg.¹⁶ Einige der Manifestanten versuchten für weitere Aktionen, auf die Ressource „Göttinger Achtzehn“ zurückzugreifen und den nunmehr in der Öffentlichkeit bekannten Wissenschaftlerkreis zu reaktivieren.¹⁷ So

14 Hoffmann 1993 (s. Anm. 7), S. 50.

15 Vgl. Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 328-340; Hoffmann 1993 (s. Anm. 7), S. 9-59; Metzler, Gabriele: Kernphysik und Politik. Werner Heisenberg in der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Ein Forschungsbericht, in: Historisches Jahrbuch, Nr. 115 (1995), S. 208-222, hier S. 218; Walker, Mark: Selbstreflexionen deutscher Atomphysiker. Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993) H. 4, S. 519-542; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Farm Hall und das deutsche Uranprojekt. Ein Gespräch, in: Hoffmann (Hg.) 1993 (s. Anm. 7), S. 331-360, hier S. 346 u. S. 360.

16 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 480/S. 96.

17 Für die folgenden drei Beispiele vgl. Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981, München 1984, S. 200 f.; ders.: Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler), in: Albrecht, Ulrich et al. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 229-235, hier S. 233; Brief Gerlach an die Organisatoren des Komitees „Kampf dem Atomtod“ vom 13.03.1958, in: Schlüpmann (s. Anm. 7), <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm> [eingesehen am 02.11.2007]; Kant, Horst: Otto Hahn and the

zweimal v. Weizsäcker, der 1958 eine Stellungnahme zum Zivilschutz vor Atomgefahren entwarf sowie 1961 ein Achtzehner-Statement zur Sicherheitspolitik versuchte; und Born, der eine Beteiligung an der Anti-Atomtod-Bewegung für wünschenswert hielt. Man besprach sich auch weiterhin im Achtzehner-Kreis, zumal fast alle aus der Manifestantenschaft Ende der 1950er Jahre der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) beitraten, die von Kopfermann geleitet wurde.¹⁸ Alle drei Aktionsversuche scheiterten jedoch, denn die Göttinger Achtzehn waren beileibe keine uneingeschränkt aktionsfähige Einheit mit übereinstimmenden Auffassungen und jederzeitiger Engagementbereitschaft.

VOM GREMIUM IN DIE ÖFFENTLICHKEIT: WEG UND ENTSTEHUNG DES MANIFESTS

Die Göttinger Erklärung erfolgte keinesfalls als spontane Reaktion auf Adenauers Pressekonferenz, vielmehr war sie in bemerkenswerter Weise mit dem Karriereauftrieb des jungen Franz Josef Strauß verbunden. Strauß übernahm 1955 als erster Ressortleiter das neugegründete Atomministerium. Nicht wenige der Göttinger Achtzehn wurden als Berater angeheuert und hatten über die damit verbundenen Gremienmitgliedschaften ihr Ohr stets ganz nahe am politischen Prozess. Schnell offenbarte sich ihnen der aufstrebende Minister als eine veritable Gefahr für ihre Pläne. Denn Strauß ging es weniger um Energie erzeugende Atomkraftwerke als um die Möglichkeit zur Herstellung von Atomwaffen. Er sah in der neuen Technologie eine Chance, in die exklusive Riege der Weltmächte vorzurücken. Ohne Atomwaffen – dies war Strauß' entschiedene Auffassung – würde die Bundesrepublik nach dem Vollzug der Aufstellung der Bundeswehr auf halbem Wege stehen bleiben und in den zwischenstaatlichen Machthierarchien dauerhaft in die Zweit- bis Drittklassigkeit hinab gleiten. Sein Vorbild war Großbritannien, das versuchte, sich durch eigene Atomwaffen gegen das Abrut-

Declarations of Mainau and Göttingen, als enthaltenes Werk in: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Preprint 203, Berlin 2002, S. 36 ff.; Rese, Alexandra: Wirkung politischer Stellungnahmen von Wissenschaftlern am Beispiel der Göttinger Erklärung zur atomaren Bewaffnung, Frankfurt am Main u.a. 1999, S. 193 ff.

- 18 Vgl. Neuneck, Götz/Schaaf, Michael: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland, in: dies. (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland. Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Har nack-Haus Berlin, 24. Februar 2006, Berlin 2007, S. 31-37, hier S. 34; Schirrmacher, Arne: Physik und Politik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Max Born, Werner Heisenberg und Pascual Jordan als politische Grenzgänger, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, Jg. 30 (2007) H. 1, S. 13-31, hier S. 18; v. Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 197.

schen in eine niedere Rangstufe zu stemmen. Strauß imponierte, dass die Briten „weder von der Hilfsbereitschaft des einen noch von der Gnade des anderen leben“¹⁹ wollten. In Washington und Moskau sollten die politischen und militärischen Entscheidungsträger auch der Bundesrepublik gegenüber Respekt zollen und keine weitreichenden Entschlüsse ohne deren Berücksichtigung treffen können. In Strauß' Verständnis von Außenpolitik und Diplomatie waren – im Grunde nicht anders als fünfzig Jahre später bei dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad²⁰ – der Besitz bzw. die Verfügung über Atomwaffen für den Status einer mit anderen Ländern ebenbürtigen Nation höchst bedeutsam.

Schon 1955 beschlich die Atomwissenschaftler ein Unbehagen, sobald Strauß in abendlicher Runde mit einer von zahlreichen Weinen gelockerten Zunge von Atomwaffen schwadronierte, die er gerne für die Bundeswehr bekommen wollte.²¹ So lernten sie ihn bereits früh als unheimlichen Atomwaffenfreund kennen. Gefährlich wurde diese Attitüde jedoch erst, als Strauß vom Nachwuchspolitiker und Nebenressortleiter 1956 zum Bundesverteidigungsminister avancierte. Der Wechsel des machtbewussten Bayern in die Bonner Ermeikalkaserne alarmierte die Nuklearphysiker; denn das Ministerium organisierte gerade die westdeutsche Wiederbewaffnung. In jenen Tagen, als Strauß im neuen Ministersessel Platz nahm, hatte der Aufbau der Bundeswehr ein Stadium erreicht, in dem eine Ausrüstung mit atomaren Waffen ernsthaft sondiert wurde. Denn die NATO, der die Bundesrepublik inzwischen beigetreten war, änderte gerade in grundlegender Weise ihre Militärstrategie. Aus Kostengründen sollten die konventionellen Truppen, die bis dato auf dem Gebiet der Bundesrepublik zur Abwehr einer etwaigen Invasion aus dem Ostblock stationiert waren, massiv zugunsten von Massenvernichtungswaffen reduziert werden. „Manpower“ sollte durch „firepower“ ersetzt werden.²² Um von den NATO-Partnern im Moment der Gefahr nicht im Stich gelassen zu werden, aber auch um einer Verwandlung Deutschlands in einen Schauplatz atomarer Vernichtung zu entgehen, drängte Strauß auf ein autonomes westeuropäisches Verteidigungsbündnis mit eigenen Atomwaffen. Kurzum: In einer Situation wie zur Mitte der 1950er Jahre, in einer sich wandelnden Verteidigungskonzeption der westlichen

19 Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 16 vom 20.09.1956, abgedruckt in: Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953 – 1957, Düsseldorf 1990, S. 1081.

20 Vgl. Richter, Nicolas/Avenarius, Tomas/Zekri, Sonja: Das Geheimnis der Kuppel, in: Süddeutsche Zeitung, 15./16.11.2008.

21 Vgl. Lindner, Konrad: Carl Friedrich von Weizsäckers Wanderung ins Atomzeitalter. Ein dialogisches Selbstporträt, Paderborn 2002, S. 116; v. Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 192 f.

22 Vgl. Gnad, Oliver: Konfrontation und Kooperation im Kalten Krieg. Amerikanische Sicherheitspolitik 1950 bis 1956, Wiesbaden 1997, S. 332 f.

Welt, ergaben sich für einen Atomwaffenbefürworter wie Strauß ganz neue Möglichkeiten, seine seit Längerem gehegten Atomwaffenambitionen zu verfolgen. Und dies war den Atomphysikern nur allzu gut bekannt.

Der Beraterkreis „Kernphysik“ des Ministeriums für Atomfragen war gleichsam die Keimzelle der späteren Göttinger Erklärung. Ihm gehörte der Großteil der Manifestantenschaft an.²³ Die stets aus erster Hand informierten Atomwissenschaftler waren also ob Strauß' offener Atomwaffenambitionen zutiefst beunruhigt. Nach gemeinsamer Beratschlagung schrieben sie dem neuen Verteidigungsminister einen Brief, der bereits zu dieser Zeit wesentliche Passagen des späteren Manifests enthielt und in dem sie die politische Berücksichtigung ihrer gegenüber Atomwaffen für das Bundesheer gehegten Bedenken einforderten. Sie drohten, falls die Regierung die Atomrüstungspläne verwirklichen wolle, würden sie den Gang in die Öffentlichkeit wagen. Unterzeichnet war das Schreiben immerhin von ganzen zehn der späteren Achtzehn. Im Januar 1957 lud Strauß eine Delegation der Forscher in sein Ministerium ein, doch missriet dem temperamentvollen Minister, der sich nicht zu Unrecht erpresst sah, das Krisenmanagement völlig. Indem er die Argumente seiner Kontrahenten mit einer Lautstärke zu entkräften suchte, die v. Weizsäcker noch über vierzig Jahre später in den Ohren schallte, zudem in der Tat „europäische“ – also in einem multinationalen Militärbund gefertigte – Atomwaffen als sein wehrpolitisches Ziel ausgab, bestätigte er lediglich die Befürchtungen der Kernphysiker. Man verließ den Minister daher „zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt.“²⁴

Noch aber fehlte den Wissenschaftlern ein konkreter Ansatzpunkt, um öffentlich in Aktion zu treten. Die Verzögerung bis Mitte April 1957 erklärt sich folglich allein aus der fehlenden Gelegenheit. Diese ließ freilich nicht lange auf sich warten. Als Konrad Adenauer in einer Pressekonferenz am 5. April 1957 von Massenvernichtungswaffen als bloße „Weiterentwicklung der Artillerie“ sprach,²⁵ es im Übrigen als „selbstverständlich“ bezeichnete,

23 Dazu vgl. Besser, Joachim: Die Rebellion des Gewissens, in: Die Welt, 17.04.1957; Heisenberg, Werner: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1976, S. 262 f.; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 463; Kant 2002 (s. Anm. 17), S. 31; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 117 f.; Rese 1999 (s. Anm. 17), S. 50 ff.; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 77 und die dortige Fußnote 374; Sonntag, Philipp: Der Streit um die atomare Bewaffnung. Argumente der Ära Adenauer, Schriftenreihe Militärpolitik-Dokumentation, Jg. 6 (1982) H. 25, Frankfurt am Main 1982, S. 43 u. S. 45 f.; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München/Wien 1977, S. 573; ders. 1984 (s. Anm. 17), S. 192 f.

24 Von Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 36.

25 Zu der Pressekonferenz vgl. Adenauer 1967 (s. Anm. 2), S. 296 f.; Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 333; ein stenographischer Auszug aus der Erklärung Adenauers findet sich in: Der Spiegel, 17.04.1957, S. 8.

„dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik“ nicht darauf verzichtet werden könne, auch die Bundeswehr mit den „neuesten Typen“ auszustatten, lieferte er dem Manifest-Strategen v. Weizsäcker die entscheidenden Sentenzen. Damit schockierte der Bundeskanzler auch die letzten Zweifler innerhalb der späteren Manifestantenschaft, die nunmehr ihre Bedenken zurückstellten und dem Schritt zur öffentlichen Opposition ihre Zustimmung erteilten.²⁶ Als v. Weizsäcker von Adenauers Worten in der Zeitung las, befand er sich gerade mit Gerlach auf einer Tagung. Beide erkannten sie die einmalige Gelegenheit und fassten den Beschluss, sofort loszuschlagen.²⁷ Das Ziel: eine öffentliche Erklärung der kompromisslosen Ablehnung einer Beteiligung an der Kernwaffenentwicklung sowie die Aufklärung über die dreiste Verharmlosung von Atombomben seitens der Bundesregierung.²⁸ Gerlach und v. Weizsäcker telefonierten, schrieben hastig Briefe und reisten weiter nach Bad Nauheim, wo gerade die Deutsche Physikalische Gesellschaft mit einem Großteil ihrer Freunde und Kollegen tagte. Dort besprach man sich am 11. April 1957. Die Unterzeichner akklamierten ein Manuskript v. Weizsäckers, der quasi universell als Autor, literarischer Verfasser und geistige Quelle der darin enthaltenen Gedanken fungierte. Von Otto Hahns Göttinger Büro in der Max-Planck-Gesellschaft aus erging dieses an die Presse. In Südhessen entschieden sich also die letzten Schritte – insofern hätte man eigentlich von der „Bad Nauheimer Erklärung“ sprechen müssen.

Nochmal: Erst Adenauer hatte die Manifest-Aktion ermöglicht, erst seine drastischen Worte mobilisierten eine Manifestantenschaft und überwand den deren innere Heterogenität. „Lange, lange“²⁹ habe man über die Folgen eines derartigen Schritts bereits vor dem April 1957 untereinander disku-

26 Vgl. Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 122; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 77; Sonntag 1982 (s. Anm. 23), S. 46.

27 Vgl. auch v. Weizsäcker, der davon sprach, dass ihm erst „eine leichtfertige Äußerung Adenauers“ die „Gelegenheit“ zur Manifest-Aktion verschaffte, in: ders. 1984 (s. Anm. 17), S. 193; und Görlich, die das Presseinterview als einen der „Angelpunkte der Atomdiskussion“ bezeichnete; vgl. Görlich, Ina: Zum ethischen Problem der Atomdiskussion. Verlauf der Atomdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Darstellung der durch sie aufbrechenden ethischen Probleme, Freiburg 1965, S. 31.

28 Vgl. hier und folgend Heinrich, Rudolf/Bachmann, Hans-Reinhard: Walther Gerlach. Physiker – Lehrer – Organisator. Dokumente aus seinem Nachlaß, München 1989, S. 141 sowie ebd. Brief Gerlach an Brill vom 24.10.1977, Dokument Nr. 237, S. 147; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 465; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 114-119; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 77 f.

29 Von Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 35.

tiert, doch die Meinungen waren stets heillos verschieden gewesen.³⁰ Offenbar war die einhellige Ablehnung einer nationalen Atomrüstung der Bundesrepublik der kleinste gemeinsame Nenner der Manifestanten.³¹

DIE MOTIVE: GEMEINSAMES HANDELN AUS UNTERSCHIEDLICHEN INTERESSEN

Selbst jüngere Schriften intonieren pathetisch, es habe sich bei der Göttinger Erklärung um einen „von Gewissensnot und von Verantwortungsbewusstsein getragene[n] Appell“³² gehandelt. Dieses wohl am häufigsten angeführte Motiv lässt sich kaum widerlegen, doch folgten die Manifestanten beileibe keineswegs monokausal einem einzigen energischen Beweggrund. Der vermeintliche Altruismus wird durch einen gehörigen Anteil von Egoismus relativiert.

Verantwortung: „keine Wissenschaft ohne Gewissen“³³

Ursprünglich zum Wohle der menschlichen Zivilisation durchgeführten Forschungsarbeiten drohten auch immer von Politikern und Militärs für weniger tugendhafte Vorgehensweisen missbraucht zu werden. Das freilich war nicht neu, beruhten doch seit jeher Waffensysteme auf Erkenntnissen, die in anderen, meist friedlichen Kontexten erlangt worden waren. Zum ersten Mal in der gewiss nicht unblutig verlaufenen Geschichte der Menschheit barg mit der Atombombe eine wissenschaftliche Errungenschaft jedoch eine ultimative Bedrohung für die Existenz der menschlichen Spezies. Für Atomforscher wie Walther Gerlach war es daher nicht schwer, darin eine „ethische Problematik“³⁴ ungeheuren Ausmaßes zu diagnostizieren. Die Frage

30 Von „den Herren hatte jeder seine eigene Meinung“; Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990 (s. Anm. 19), S. 1232.

31 Vgl. dazu Fleischmann, Rudolf: Erinnerungen eines Zeitzeugen, in: Albrecht et al. (Hg.) 1996 (s. Anm. 17), S. 48 f.; Hatrup, Dieter: Carl Friedrich von Weizsäcker. Physiker und Philosoph, Darmstadt 2004, S. 173; Brief Gerlach an Jungk vom 22.01.1958, in: Heinrich/Bachmann 1989 (s. Anm. 28), Dokument 236, S. 147; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 117; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München/Wien 1976, S. 206.

32 Hoffmann 2005 (s. Anm. 10), S. 207 f.

33 Salomon, Jean-Jacques: Forschung und die Verantwortung des Wissenschaftlers in unserer Gesellschaft, in: Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974, S. 81-93, hier S. 92.

34 Gerlach, Walther: Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke, in: Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte, Jg. 23 (1955) H. 2, S. 14.

um die Folgen von Wissenschaft war mit der Existenz von Nuklearwaffen in ein neues Stadium getreten und verlangte nach einer Klärung, wer über die Anwendung wissenschaftlich gewonnener Erkenntnisse verfügen dürfe: die Wissenschaftler oder die Politiker.³⁵ Es erscheint daher nur allzu verständlich, dass beispielsweise Otto Hahn und Fritz Straßmann, deren Entdeckung der Urankernspaltung im Jahr 1938 die Entwicklung der Atombombe überhaupt erst ermöglicht hatte, eine besondere Verantwortung empfanden, der Bevölkerung als potenzielles Opfer die Gefahr von Kernwaffen vor Augen zu führen und diesbezüglich vor der bedrohlichen Fahrlässigkeit von Regierungshandeln zu warnen. Als Träger außerordentlichen Sachverstands und genauester Kenntnis über die Wirkungsweise von detonierenden Kernwaffen glaubten einige der Göttinger Achtzehn in der Situation des Frühjahrs 1957, einer moralischen Pflicht zur Aufklärung nachkommen zu müssen. Als meisterhafte Kenner der komplizierten Materie atomphysikalischer Zusammenhänge wollten sie unbedarfte Laien für die besonderen Risiken sensibilisieren.³⁶ So jedenfalls lautet der Beweggrund, der am häufigsten dem Göttinger Manifest unterstellt wird. Doch deutet vieles darauf hin, dass dieser keineswegs der ausschlaggebende, schon gar nicht der einzige war.

Atomwissenschaftliche Public Relations: Kernphysik zwischen Segen und Fluch

Nach dem Zweiten Weltkrieg reifte in den deutschen Nuklearwissenschaftlern die Überzeugung, Atomwaffen seien infolge der erschütternden Bilder aus Hiroshima und Nagasaki, die grauenvolle Zerstörung und menschliches Elend bezeugten, in der westdeutschen Bevölkerung weitgehend diskreditiert, ja haften ihnen sogar etwas Dämonisches an. Infolgedessen sei wohl auch die Forschungskategorie Atomwissenschaft „vielen Menschen undurchschaubar und in ihrer Unverstehbarkeit nachgerade unheimlich geworden“³⁷ – „not an occupation for gentlemen anymore“³⁸. Auch die Deutschen schienen mit dem Gedanken an praktische Kernenergieverwendung zuvorderst Atombomben, nicht aber atomar betriebene Staubsauger oder Kraftfahrzeuge zu verbinden. In den westdeutschen Wissenschaftsorganisationen

35 Vgl. Salomon 1974 (s. Anm. 33), S. 80; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 367 ff.

36 Vgl. Fleischmann 1996 (s. Anm. 31), S. 48 f.; Wild, Wolfgang: Fehler sind gut, solange es jedes Mal andere sind..., in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 104 ff., hier S. 105 f.

37 Kliemt, Hartmut: Einige Wurzeln des Unbehagens gegenüber den Wissenschaften, in: Meinel, Erhard/Englert, Elmar/ders. (Hg.): Das Unbehagen gegenüber den Wissenschaften, Heidelberg 1989, S. 5-13, hier S. 5.

38 Gerlach, Walther: Der Mensch im Atomzeitalter (Vortrag vom 12.03.1956), abgedruckt in: ders.: Humanität und naturwissenschaftliche Forschung, Braunschweig 1962, S. 148-166, hier S. 159

glaubte man geradewegs zu spüren, wie es den bundesdeutschen Bürgern bei dem Gedanken an Atomtechnologie eiskalt den Rücken herunter lief.³⁹ Eine heftig beargwöhnte Wissenschaft mit Todesfolge zu sein – dies allerdings stellte für die deutschen Atomforscher ein gravierendes Problem dar.

Zum einen war es für die Wiederaufnahme der experimentellen Kernforschung unvermeidlich, nuklearwissenschaftliche Arbeit in der Öffentlichkeit zu akkreditieren. Schließlich ist in einem demokratischen System die Unterstützung wahlberechtigter Bürger von unschätzbarem Wert. Denn nur wenn die Bundesregierung nicht Gefahr lief, die Bevölkerung mit Maßnahmen zur atomphysikalischen Forschungsförderung in Angst zu versetzen, hatte man Aussicht auf die ersehnten Gelder aus der Staatsschatulle. Zum anderen galt es, Wirtschaft und Politik von den Vorzügen einer zivilen Kernenergieforschung zu überzeugen. Die Atomforscher machten sich daher zu einer Imagekampagne auf, um „vor der Welt nicht als Handlanger des Todes dazustehen“⁴⁰. Es kam darauf an, den Menschen die prinzipielle Ungefährlichkeit von Atomtechnologie ins Bewusstsein zu rufen, deren potenziell „sengenbringende Wirkung“⁴¹, von der Otto Hahn allenthalben sprach, herauszustellen. Wenn man weiter in einer Wissenschaft forschen wollte, in der „Heil und Unheil, Fortsetzung eines gesteigerten Lebens oder Beendigung der Lebensmöglichkeiten“⁴² ganz nahe beieinander liegen, so galt es, Einsicht in dieses Dilemma – in die Gleichzeitigkeit ultimativer Gefahr einer Selbstvernichtung und der Chance zur Hebung der Lebensqualität der Menschheit – zu vermitteln.⁴³ Um der Forschung nicht ihrer negativen Seite wegen gänzlich abschwören zu müssen, versuchten die Atomforscher, durch eindringliche Hinweise auf die dunklen Seiten der Atomtechnologie ein Bewusstsein für deren Irrationalität zu erzeugen, und ihre militärische Anwendung auf diese Weise nachhaltig zu diskreditieren.

Man geht nicht zu weit, von einer regelrechten PR-Kampagne zu sprechen, wenn man das Verhalten einiger der Manifestanten vor 1957 genauer betrachtet. Werner Heisenberg und Otto Hahn waren bei dieser „Kampagne“ als die profiliertesten und prominentesten Vertreter ihrer Zunft, noch dazu prestigeträchtig ausgestattet mit einem Nobelpreis, die Zugpferde. Sie und ihre Kollegen streiften daher in den 1950er Jahren ihre Laborkittel ab, verließen ihre Schreibtische und Denkstuben und wandten sich als Kommuni-

39 Vgl. Telschow, Ernst: Was tut uns Not? 10 Forderungen für die Entwicklung der Atomenergie in der Bundesrepublik, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 197-204, hier S. 203 f.

40 Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Hamburg 1983, S. 89.

41 Hahn, Otto: Die Nutzbarmachung der Energie der Atomkerne, in: ders.: Erlebnisse und Erkenntnisse, Düsseldorf/Wien 1975, S. 188.

42 Gerlach 1962 (s. Anm. 38), S. 160.

43 Vgl. ders. 1955 (s. Anm. 34), S. 19.

katoren und Promoter wortreich und unermüdlich in eigener Sache an die Öffentlichkeit. In Interviews, Reden, Vorträgen und Aufsätzen wurden sie nicht müde, die Förderungswürdigkeit der friedlichen Kernenergieforschung anzupreisen. Auch dem Ausland gegenüber strebten die Forscher danach, die Bundesrepublik als eine auch in Zukunft an Kernwaffen uninteressierte Nation erkennen zu geben. Denn die Billigung der politisch einflussreichen Nationen des Westens, ganz besonders aber die der alliierten Besatzungsmächte war unverzichtbar. Bereits vor ihrer Rückkehr nach Deutschland war Heisenberg und Hahn von Vertretern der britischen Regierung eingeschärft worden, dass sich zukünftige Atomforschung in Deutschland auf zivile Zwecke beschränken müsse, wollte sie von den Alliierten geduldet werden.⁴⁴ Und Heisenberg hatte zu Beginn der 1950er Jahre den Eindruck gewonnen, von US-amerikanischer Seite aus stelle die Gefahr einer deutschen Kernenergieforschung, die militärischen Zwecken folgte, wohl das größte Hindernis für eine dauerhafte Befreiung deutscher Nachkriegsnuklearwissenschaft aus den Fesseln des alliierten Besatzungsstatuts dar.⁴⁵

In den Jahren vor der Göttinger Erklärung waren Heisenberg und Konsorten zweifelsohne mehr eifrige Missionare denn wissbegierige Forscher. Und niemals vergaßen sie zu betonen, wie friedfertig deutsche Atomforschung doch sei, wie sehr doch „die deutschen Gelehrten nicht daran dachten, auf dem Gebiet der Atomwaffen zu arbeiten“⁴⁶.

Und dann kam Strauß. Der impulsive Bajuwar sprach plötzlich freimütig von der Möglichkeit, deutsche Truppen könnten Atomwaffen in ihren Arsenalen führen. Zwar dementierten Adenauer und Strauß konsequent die Absicht, eigene Atomwaffen produzieren zu wollen. Doch die Herstellung in einem Bündnis zum Beispiel mit Frankreich oder der Bezug aus ausländischer Fertigung waren davon ausgenommen, somit stets eine offene Alternative.

Die Atomwissenschaftler sahen nunmehr ihre Projekte gefährdet. Mitte der 1950er Jahre hatten sie in Politik und Wirtschaft nach langen Bemühungen endlich die Errichtung eines Kernforschungszentrums in Karlsruhe durchgesetzt. Doch befürchtete man, es könne von der Regierung als Waffenschmiede missbraucht werden.⁴⁷ Adenauer und seine Politik drohten den

44 Vgl. Oexle, Otto Gerhard: Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘, Berlin 2003, S. 33 ff.

45 Vgl. Eckert, Michael: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 1, S. 115-143, hier S. 120.

46 Zitiert nach Kraus 2001 (s. Anm. 5), S. 145.

47 Vgl. Gleitsmann, Rolf-Jürgen: Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950 - 1955). Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte, Stuttgart 1986, S. 79; Heisenberg

Kernphysikern die viele Jahre vorbereitete Akkreditierung von Kernenergie in der Bevölkerung schlichtweg zunichte zu machen. Militärisches, erst Recht wenn es sich um Massenvernichtungsmittel wie atomare Bomben handelte, war in der bundesrepublikanischen Bevölkerung, war im postnationalsozialistischen Deutschland verpönt. Bei der Frage, ob sie Segen oder Fluch sei, votierten 1956 zwar dreißig Prozent, 1957 aber nur noch 21 Prozent für „Segen“; für einen „Fluch“ hielten sie dagegen 1956 schon 52 Prozent, 1957 gar 57 Prozent.⁴⁸ Adenauers Artillerie-Äußerung vom April 1957, begleitet von weiteren Waffenbesitzankündigungen Strauß':⁴⁹ Dies markierte den Gipfelpunkt an Gefahr, die der Kanzler und sein Verteidigungsminister in den Augen der Atomforscher für ihre Wissenschaftsbedingungen über einige Jahre hinweg erzeugt hatten – und eben gleichzeitig die ersehnte Gelegenheit zur Gegenwehr. Man hatte richtiggehend Angst, dass Adenauers leichtsinnige Wortwahl von einer „weiterentwickelten Artillerie“ zu einem gänzlich falschen Öffentlichkeitsbild der Atomenergie führen könnte. Das Gerede von Atomartillerie und Kernwaffeneigentum bedeutete schlechterdings eine Katastrophe für die öffentliche Wahrnehmung von kernphysikalischer Wissenschaft. Adenauer drohte – wenn auch unbeabsichtigt – mit wenigen Worten auch die friedliche Nuklearforschung, die eine Vorstufe zur Waffenfabrikation bildete, als eine unheimliche Gefahrenquelle langfristig zu diskreditieren, aber auch das Ausland nervös zu machen.⁵⁰

Den Atomwissenschaftlern war daher an einem unanfechtbaren Testat der Bundesregierung gelegen, dauerhaft auf jegliche Verwendung von Atomwaffen zu verzichten – bargen doch alle bisherigen Erklärungen der Regierung zu viele juristische Schlupflöcher, waren sie zu ambivalent. Zumindest aus Sicht einiger Manifestanten war ein politisches Manifest eine mögliche Variante, derartiges zu erzwingen.

Die „Göttinger Achtzehn“: von der politischen Verdrossenheit einer blockierten Elite

Deutschland beherbergte in den 1920er und 1930er Jahren Weltzentren atomphysikalischer Forschung. Jeder der etwas auf sich hielt oder in seinem Metier ganz nach oben kommen wollte, musste in Berlin, Göttingen oder Leipzig studieren, forschen oder unterrichten. In deutschen Labors und Hör-

1976 (s. Anm. 23), S. 258 ff.; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 462 f.; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 116.

48 Vgl. DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1959/60, Band 3/4. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1962, S. 13; Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 446/S. 89.

49 Vgl. Kitzinger, Uwe W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960, S. 54.

50 Vgl. Heisenberg 1976 (s. Anm. 23), S. 265.

sälen tummelte sich wie selbstverständlich die spätere Elite der weltweiten Atomforschung. Inmitten dieser „goldenen Jahre“ hatten sich auch die Göttinger Achtzehn wissenschaftlich betätigt. Nach 1945 widerfuhr ihnen allerdings eine dramatische Wende: Ambitionierte Jungwissenschaftler waren nun fasziniert von ausländischen Großforschungsanstalten, hochmodernen Einrichtungen wie dem „Argonne National Laboratory“ in den USA.⁵¹ Westdeutschland hingegen war zu einem „Dritte-Welt“-Staat der Atomforschung herabgesunken, in dem es notorisch an Geld und Gerätschaften mangelte. Doch die deutschen Atomwissenschaftler hatten demgegenüber ihren Elite-Status keineswegs abgelegt, vielmehr lechzten sie regelrecht danach, wieder den Anschluss zu finden.⁵² Unter den Manifestanten befanden sich gleichermaßen Träger extravaganter Eliteauszeichnungen wie dem Nobelpreis als auch aufstrebende Talente, die sich über Forschungsarbeiten und das Etablieren eigener Schulen erst noch einen Weltruf zu erkämpfen hatten.

Dazu bedurfte es allerdings gewaltiger staatlicher Gelder. Tatsächlich verfügte die Bundesregierung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre über üppige Geldvorräte, doch wurden diese vom gestrengen Finanzminister Fritz Schäffer verwahrt. In dem sogenannten „Juliusturm“ lagerten 1956 etwa sieben Milliarden Mark, die allerdings für militärische Ausgaben reserviert waren.⁵³ Dass sich die Regierung bereit zeigte, kostbare Mittel statt in die zivile Forschung lieber in krieglerische Rüstung zu stecken, musste den Atomwissenschaftlern wie ein verächtlicher Affront aufschlagen. Zumal der Verdross der Forscher insofern verstärkt wurde, als dass seit den frühen 1950er Jahren tatsächlich eine veritable Chance bestanden hatte, den Rückstand zum davon eilenden Ausland aufzuholen. Da sich die wissenschaftliche Konkurrenz in den Vereinigten Staaten und Großbritannien vornehmlich mit militärischer Kerntechnik befasst hatte, existierte eine zivile Nische, in der sich Heisenberg, Hahn und Co. mit der Entwicklung von Energie erzeugenden Reaktoren hätten einnisten und profilieren können.⁵⁴

51 Vgl. Jordan, Hermann L.: Großforschung in der BRD – Probleme der Institutionalisierung. Mobilität und Kontrolle, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 179-200, hier S. 182.

52 Vgl. auch Walker 1993 (s. Anm. 15), S. 538 f.; Wirtz, Karl: Die Atomenergie-Konferenz in Genf vom 8. bis 20. August 1955, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 205-211, hier S. 211.

53 Vgl. Pagels, Wilhelm: Der „Juliusturm“. Eine politologische Fallstudie zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Recht in der Bundesrepublik, Dissertation, Hamburg 1979, S. 59 f.

54 Vgl. Fischer 1994 (s. Anm. 9), S. 232; Maier-Leibnitz, Heinz: Die Rolle der Wissenschaft bei den Anfängen der Kerntechnik, München 1957 (Festrede in München am 01.12.1956), S. 11-14; Prüß, Karsten: Die Entwicklung der

Die Göttinger Achtzehn sind dem zufolge als blockierte Elite aufzufassen, die der Regierung zum Zeitpunkt ihrer Manifestation mit einigem Groll gegenüber stand. Das Manifest bot ihnen die Möglichkeit, öffentlichen Druck zu erzeugen und die Investition Milliarden von Mark in Nuklearwaffen im letzten Moment noch einmal abzuwenden. Nicht ohne Grund betonte der letzte Satz der „Erklärung“, wie „äußerst wichtig“ es sei, die „friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern“ und dass man „an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken“ wolle.

Vehikel persönlicher Karriere: der Aufstieg eines Atomphilosophen

Das Thema „Wissenschaft und Verantwortung“, in welches die Göttinger Erklärung vordrang, eröffnete Carl Friedrich v. Weizsäcker ein außerordentlich lukratives Karrierefeld. Danach hatte er im Grunde seit frühesten Kindheitsjahren gestrebt. Von Weizsäcker war sich erstens besonderer Talente bewusst und zweitens dem Druck ausgesetzt, der traditionellen Erfolgslinie seiner Familie zu genügen, die in vergangenen Jahrhunderten verlässlich große Persönlichkeiten hervor gebracht hatte. Er jedoch war ein patenter Physiker im Kreise ehrgeiziger Koryphäen. Dies war gewiss v. Weizsäckers Pech, ausgerechnet im Umfeld eines Werner Heisenberg arbeiten zu müssen, an dessen physikalische Genialität er wohl niemals würde heranreichen können.⁵⁵ Und so suchte er sich stets neue Betätigungsfelder, auf denen er gegen weniger starke Konkurrenten leichter reüssieren konnte. Der „Mystiker der europäischen Geistesgeschichte“⁵⁶, als den man ihn heute erinnert, war er vor 1957 jedenfalls nicht gewesen.

Ohnehin hatte sich der jugendliche v. Weizsäcker nur deshalb von seinem Mentor Heisenberg in die Atomwissenschaft locken lassen, weil dieser ihn überzeugt hatte, nur mit dem umfassenden Verständnis von Physik die Mysterien der Philosophie erschließen zu können. Denn Philosophie und Religion faszinierten v. Weizsäcker wie kaum etwas anderes. Ein leidenschaftlicher Atomphysiker war er daher nie gewesen. Und da die Atomphysik ihm keine sonderlich günstige Möglichkeit zum Aufstieg in ihre Beletage offerierte, seinem von Ehrgeiz erfüllten Anspruch, ausgewiesene Autori-

Schwerionenforschung in der BRD, in: Küppers/Stichel/Weingart (Hg.) 1981 (s. Anm. 51), S. 217-254, hier S. 223; Wirtz 1955 (s. Anm. 52).

55 Von Weizsäcker hielt sich selbst für einen schwachen Mathematiker, rechnete ungern und führte am liebsten qualitative, nur „halbempirische“ Arbeiten durch; siehe hierzu Hattrup 2004 (s. Anm. 31), S. 166 ff.; Hermann, Armin: Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Missbrauch der Forscher, Stuttgart 1982, S. 170; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wahrnehmung der Neuzeit, München/Wien 1983, S. 331; ders.: Bewusstseinswandel, München/Wien 1988, S. 344.

56 Podak, Klaus: Ein aufgeklärter Mystiker, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2007.

tät in dem Wirkungsfeld seines beruflichen Treibens zu sein, nicht genügen konnte, suchte er stets nach alternativen Profilierungsmöglichkeiten. Das akute Problem der Atombombe, die permanent mit der vollständigen Vernichtung der menschlichen Spezies drohte, begann er schon während des Kriegs zu seinem neuen Spezialgebiet zu machen. Fortan kultivierte er es intellektuell zu einem wissenschaftlichen Sujet. In Westdeutschland taten das nach dem Krieg nicht viele. Es bestand daher ein Vakuum an solch interdisziplinär gebildeten Vordenkern. Denn v. Weizsäcker kannte sich vorzüglich mit kernphysikalischen Zusammenhängen aus, war darüber hinaus aber auch theologisch und philosophisch beschlagen. Vor allem profitierte er davon, dass man sich im Atomwaffendiskurs noch nicht inflationär Gedanken gemacht hatte. Kernwaffen und ihre Folgen für die Gesellschaft, weltpolitische Entspannungs- und Abrüstungskonzepte: Das waren Komplexitäten, mit denen er sich nun als einer der ersten in umfassender Weise professionell auseinanderzusetzen begann. Darin fand er seine neue Berufung, nachdem ihn die Kernphysik nie wirklich hatte begeistern können.

Die Göttinger Erklärung war ihm deshalb Türöffner zu einer neuen Karriere als Friedensdenker und Atomwaffenphilosoph. Anfangs diskutierte er seine Konzepte und Lösungsvorschläge nur im geschlossenen Kreis der Atomphysiker. Seinem Ehrgeiz entsprechend, wollte er dieses Thema in der Öffentlichkeit platzieren, um in der Bevölkerung ein kollektives Bewusstsein für die Atomgefahr und notwendige friedenspolitische Überlegungen zu wecken.⁵⁷ Sein vorgeblich pädagogisches Ziel, dass „in der Bundesrepublik über diese Fragen nunmehr zum ersten Mal in etwas breiteren Kreisen ernstlich nachgedacht werden sollte“⁵⁸, war gleichzeitig Voraussetzung seines Erfolgs. Von Weizsäcker jedenfalls war nicht zufällig die treibende Kraft hinter dem Manifest. Er war aus eigenem Interesse derjenige, der sich am energischsten und drängendsten für das Zustandekommen der Göttinger Erklärung bei seinen Kollegen einsetzte, diese mobilisierte und auf einen Konsens verpflichtete.

Von Weizsäcker hatte sich deshalb über Adenauers leichtsinnige Äußerung von der „weiterentwickelten Artillerie“ auch geradezu gefreut.⁵⁹ „Es ging [...] ein kleines Schmunzeln über mein Gesicht, indem ich mir sagte: ‚Jetzt kriege ich meine öffentliche Erklärung!‘“⁶⁰. Denn auf diese Weise konnte sich v. Weizsäcker zum Initiator, Antreiber und geistigen Kopf des Atomwissenschaftlerprotests aufschwingen.

Verantwortung, Public Relations und sehr individuelle Anlässe waren die Antriebskräfte der Manifestantenschaft. Zwar wird man es nie mit irgendeiner methodisch fundierten Gewissheit sagen können, aber zusammengefasst: Die Motivlage des Manifests war fragmentiert. Die Göttinger

57 Vgl. Hattrup 2004 (s. Anm. 31), S. 173 f.; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 121.

58 Von Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 194

59 Vgl. Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 122.

60 Ebd., S. 118 f.

Achtzehn zogen die Energien für ihren Protest nicht nur aus einem zutiefst moralisch integren Gewissen, sondern nicht zuletzt aus einem ehrgeizigen Karriere- und Statusbewusstsein.

DIE WIRKUNGSKRAFT: MEDIAL ERFOLGREICH, POLITISCH GESCHEITERT

In den Medien sorgte die „Erklärung“ aus Göttingen weltweit für gehörigen Furor.⁶¹ *Le Monde* berichtete, auch die *Times* aus New York befasste sich mit dem jenseits des Atlantiks stattfindenden Ereignis. Vor allem aber prangte sie am 12. April 1957 auf sämtlichen Titelseiten westdeutscher Tageszeitungen.⁶² Tags darauf brachten sieben der auflagenstärksten Tageszeitungen der bundesdeutschen Presse Kommentare. Über eine Woche lang blieb das Thema präsent, selbstredend nahm sich auch der *Spiegel* des brennenden Gegenstands an, brachte gar eine großaufgemachte Serie über die Geschichte der Atombombe.⁶³ Unzweifelhaft dominierte die Manifestation der Atomwissenschaftler vom 12. April 1957 als das „zentral beherrschende Thema“⁶⁴ für einige Zeit die deutsche Medienlandschaft.

Die gesamte Tages- und Wochenpresse war ihrerwegen in Aufruhr. Dies konnte die Regierung natürlich nicht kalt lassen. Zunächst reagierte man aggressiv: Die Atomwissenschaftler wurden einhellig der politischen Naivität bezichtigt, ihnen die Verantwortung in dieser genuin politischen Frage abgesprochen und sie selbst zu unfreiwilligen Handlangern der Sowjetregierung abgestempelt.⁶⁵ So sprach Strauß von einem „leichtfertigen Experiment“ und zieh die Professoren der „Dienstleistung für den Kommunismus“⁶⁶. Adenauer und seine Berater allerdings erkannten schnell, dass sie

61 Vgl. hierzu Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 81 u. Fußnote 403/S. 81 f.; auch Altner, Helmut: Die Franzosen reagierten positiv, in: Vorwärts, 26.04.1957.

62 Vgl. beispielhaft o.V.: 18 deutsche Forscher warnen vor Atomwaffen, in: Die Welt, 13.04.1957; o.V.: Beschwörender Appell der deutschen Atomforscher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.1957.

63 Beginnend mit: o.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, in: Der Spiegel, 08.05.1957.

64 O.V.: Meinungsspiegel der Heimatpresse von rund 200 Tageszeitungen aus allen Teilen des Bundesgebietes, Nr. 25/57, 17.04.1957, S. 2.

65 Vgl. Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Lehren der „Göttinger Erklärung“, in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, Jg. 34 (1987) H. 11, S. 1012-1016, hier S. 1013; Görlich 1965 (s. Anm. 27), S. 33; Heisenberg 1976 (s. Anm. 23), S. 266 ff.; o.V.: Adenauer: „Atomare Aufrüstung bedrückt mich“, in: dpa, 13.04.1957; o.V.: Bitte um Vertrauen, in: dpa, 13.04.1957; Rese 1999 (s. Anm. 17), S. 60 ff.; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 78; Schwarz 1991 (s. Anm. 25), S. 335 f.

66 Die beiden Zitate finden sich in Rupp 1980 (s. Anm. 9) auf den Seiten 78 u. 79.

sich in einem Wahljahr nicht gegen die einhellige Meinung der bürgerlich-konservativen Presse stellen konnten, die sich mit pathetischen Worten „vor dem Mute dieser 18 Professoren, die es wagten, gegen eine Welt, in der sich die Staatsmänner und Strategen in der Logik des Schreckens bewegen und die Massen den Kopf in den Sand stecken, vom Gewissen her Stellung zu nehmen“⁶⁷, verbeugte. Das Manifest, das von den Starkcommentatoren der Medien mit respektvollen Elogen als „ergreifendes Dokument“⁶⁸ gewürdigt wurde, ließ sich nicht ohne Weiteres niederschimpfen, die Autorität von Wissenschaftlern nicht einfach abtun.

Adenauer und sein findiger Regierungssprecher Felix v. Eckardt, der in Krisensituationen schon oft die Nerven behalten hatte,⁶⁹ ergriffen daher eine „Taktik der Beruhigung“⁷⁰ und bestellten eine Delegation der Manifestanten ins Bundeskanzleramt. Ein gemeinsames Hühnchenessen, ein geselliger Parkspaziergang und einige joviale Worte Adenauers genügten, um sich mit den Forschern auszusöhnen. Hahn und seine Begleiter tappten in die Falle des listigen Troubleshooters v. Eckardt. Mit Raffinesse und Chuzpe wartete er scheinbar ad hoc mit einem „vorbereiteten Entwurf“⁷¹ auf, der am Ende des Krisengesprächs als gemeinsames Kommuniqué von der Regierung und den Wissenschaftlern unterzeichnet wurde. Dieses malte ein versöhnliches Bild von Einigkeit, Verbundenheit und Kooperation. In ihm wurde ein Konsens in der Beurteilung der Atomwaffengefahr und der Notwendigkeit allgemeiner Abrüstung bekundet und festgehalten, dass sich die Initiative des Manifests nicht allein auf die Bundesrepublik, sondern auf alle Staaten der Welt beziehe.⁷² Eine spezielle Kritik an der Bundesregierung war daraus nicht mehr ersichtlich. Stattdessen ließ sich nun allem Anschein nach die gesamte Manifestation ursächlich auf ein Missverständnis zurückführen. Nach dem Bonner Kommuniqué jedenfalls konnte kaum mehr jemand ernstlich von einer politischen Meinungsverschiedenheit zwischen den achtzehn Nuklearwissenschaftlern und dem Bundeskanzler sprechen.

Der Protest der Atomwissenschaftler mochte zwar medial erfolgreich gewesen sein, doch echte Konsequenzen für die Regierungspolitik zeitigte

67 Zehrer, Hans: Atomwaffen – ja oder nein?, in: Die Welt, 15.04.1957.

68 Beide Zitate aus o.V.: Die Bombe, in: Die Welt, 13.04.1957.

69 Vgl. Müller, Kay/Walter, Franz: Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2004, S. 30.

70 Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 80.

71 Zitiert nach Sonntag 1982 (s. Anm. 23), S. 45.

72 Vgl. o.V.: Ohne Entscheidung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.04.1957; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 80. Ein Abdruck des Wortlauts findet sich in Rese 1999 (s. Anm. 17), S. 66 f. sowie o.V.: Das Kommuniqué der Atomkonferenz, in: Die Welt, 18.04.1957. Abdruck des Kommuniqués in: Friedensinitiative Gar-chinger Naturwissenschaftler: 30 Jahre Göttinger Erklärung. Nachdenken über die Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft, Marburg 1987, S. 54 ff.

er nicht. Im Gegenteil: Als habe Adenauer für die Nachwelt seine Gleichgültigkeit gegenüber den warnenden Wissenschaftlern und ihres Protests ostentativ kundtun wollen, unternahm er unmittelbar nach der Göttinger Manifest-Aktion nichts Geringeres, als in Washington persönlich den westdeutschen Anspruch auf Atomwaffen für die Bundeswehr zu untermauern. Nach der Erringung der absoluten Mehrheit bei der Bundestagswahl im September 1957 verabschiedete die Unionsfraktion unter den neuen Stimmenverhältnissen am 25. März 1958 – ziemlich genau ein Jahr war seit der Göttinger Erklärung verstrichen – eine parlamentarische Entschließung, „die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so (auszurüsten), dass sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können“.⁷³ Im Klartext hieß dies nichts weniger als die Befähigung zur Bewaffnung mit Atombomben. Dass die NATO für die Bundeswehr längst die Aufnahme von Trägersystemen für Atomsprengköpfe vorsah, billigte die Bundesregierung ohne Umschweife. Obendrein liefen unterdessen die Geheimverhandlungen mit Italien und Frankreich über eine gemeinsame Atombombenproduktion munter weiter, wurden Ende 1957 sogar offiziell und scheiterten erst auf Geheiß Charles de Gaulles, der im Sommer 1958 in den Elysée Palast zurückgekehrt war und die Planungen für eine von drei Ländern getragene Atomwaffenkoalition kurzerhand stornierte.⁷⁴ Es mag ernüchternd klingen, aber über die Monate des Wahlkampfes hinaus wurde die Politik der Bundesregierung von dem Göttinger Manifest nicht beeinträchtigt, Adenauers Reaktion kam über beschwichtigende Symbolpolitik nicht hinaus.

Aber es gelang, das Problem aus dem Binnenraum der Politik in die Öffentlichkeit zu tragen und zu einem Wahlkampfthema zu machen.⁷⁵ Schon vor dem Manifest hatte die SPD-Bundestagsfraktion mit einer Großen Anfrage eine parlamentarische Debatte anberaumt, die am 10. Mai 1957 ausgetragen wurde.⁷⁶ Aber erst die kritische Eingabe renommierter Wissenschaftler im Rahmen eines politischen Manifests verlieh der Atomwaffenpolitik der Bundesregierung eine große Medien- und Bürgeraufmerksamkeit, damit auch der sozialdemokratischen Anti-Atomwaffenhaltung eine tagespoliti-

73 Zitiert nach Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 41.

74 Vgl. zu Adenauers Geheimverhandlungen Schwarz 1991 (s. Anm. 25), S. 364–401.

75 Vgl. ebd., S. 329 f.

76 Vgl. hierzu Müller-Martin, Josef: Im Atomdunst, in: Die Zeit, 16.05.1957; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 106 f.; Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 324 ff.; Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956–1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 70 ff.

sche Aktualität.⁷⁷ Die FDP beschäftigte sich plötzlich mit „Atomgefahr“ und „Atombewaffnung“, legte sich wahlprogrammatisch auf eine Gegnerschaft zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr fest und dem Slogan „Bewahrt uns vor der Atomgefahr!“ wurde im freidemokratischen Wahlmanifest immerhin der zweite Rang eingeräumt.⁷⁸ Sogar der 1955 aus der Koalition ausgeschiedene Ex-Regierungspartner Adenauers, der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), forderte nach der Göttinger Erklärung eine Nicht-Stationierung von Atomwaffen in beiden deutschen Teilstaaten. Zweifelsohne war politische Skepsis an Atomwaffen in den Wochen nach der Veröffentlichung der Göttinger Erklärung en vogue.

Programmatisch konnten an die Göttinger Erklärung nicht nur Parteien, sondern auch massenintegrative Großorganisationen der Gesellschaft anknüpfen. So die Gewerkschaften und Kirchen. Der DGB hatte bereits im Oktober 1956 an die Staatsmänner aller Länder appelliert, die Herstellung und Tests von Nuklearwaffen unverzüglich einzustellen.⁷⁹ Auf die Göttinger Erklärung reagierten die Gewerkschaften nicht zuletzt deshalb reflexartig mit Solidarisierung, Zustimmung und Sympathie.⁸⁰ Zahlreiche Gewerkschaftsuntergliederungen, insbesondere der mächtige IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner, schlossen sich postwendend dem Manifest an.⁸¹ Prominente Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) entsendeten den Göttinger Manifestanten ein Danktelegramm „für den Dienst, den Sie dem deutschen Volk und der Menschheit ... geleistet haben“.⁸² Gruppen aus der Bekennenden Kirche sowie die Theologieprofessoren Hans Iwand und Helmut Gollwitzer riefen vor der Bundestagswahl 1957 zur Wahl einer der Oppositionsparteien auf.

Die Manifestanten stimulierten Protesthaltungen auch unter Intellektuellen und wurden ihrerseits zum Objekt der nicht gerade üppigen politischen

77 Siehe DIVO-Institut (Hg.): *Umfragen 1957. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung*, Frankfurt am Main 1958, S. 18.

78 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 117 ff.

79 Vgl. Michaltschew, Theodor: *Die unverwüstliche Opposition. Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung 1945-1960*. Aus dem Nachlaß herausgegeben und bearbeitet von Stefan Appelius, Oldenburg 1994, S. 78.

80 Vgl. hierzu Grebing, Helga: *Gewerkschaften: Bewegung der Dienstleistungsorganisation – 1955 bis 1965*, in: Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute*, Köln 1990, S. 149-182, hier S. 159 ff.; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 82 ff.

81 Vgl. o.V.: *Metallgewerkschaft gegen Umrüstung auf atomare Waffen*, in: dpa, 13.04.1957; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 83.

82 Zitiert nach Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 83 sowie folgend Fußnote 410/S. 83.

Protestliteratur jener Jahre.⁸³ Günther Weisenborn schrieb eine „Göttinger Kantate“, deren Inszenierung sich Erwin Piscator annahm. Und der Protestsänger Gerd Semmer verfasste ein „Atomgedicht 57“. Sodann gab es noch diverse Einzelpersonen von hohem öffentlichen Ansehen sowie lose Gruppen, die sich unterstützend zu Wort meldeten – so Karl Barth und Albert Schweitzer. Außerdem ereilte Adenauer ein offener Brief 99 Kulturschaffender, die sich den Inhalt der Göttinger Erklärung zu eigen machten.⁸⁴ In England erhoben sich einige Tage nach dem Manifest einige Atomwissenschaftler mit einer öffentlichen Warnung vor den Gefahren der Wasserstoffbombe, der auch in deutschen Medien eine Berichterstattung zuteilwurde.⁸⁵

Am stärksten von der Göttinger Erklärung profitierte allerdings einer ihrer Unterzeichner: Carl Friedrich v. Weizsäcker. Dem Freiherrn, der vor 1957 zwar einige bedeutende Forschungsarbeiten geleistet hatte, aber jenseits der Intimität kernphysikalischer Fachkreise kaum bekannt war, gelang es über das Manifest, sich als Experte eines Gebiets auszuweisen, das er später einmal zur „Weltinnenpolitik“ erhob;⁸⁶ dadurch zum „Inhaber“ des Themenfelds Kernwaffen und Friedenspolitik wurde. Das Manifest verhalf ihm zu bundesweiter Prominenz und profilierte ihn als einen fächerübergreifend belesenen und mit Expertise ausgestatteten Wissenschaftler, der Antworten auf Fragen eines bis dahin kaum untersuchten Komplexes, auf „das vielleicht unlösbarste [Problem] unserer Zeit“⁸⁷, zu geben verstand.⁸⁸ Die Exklusivität seiner Kompetenz verschaffte ihm Distinktion und fundamentierte seinen Status als wichtige Persönlichkeit bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung – samt allen mit diesem Status verbundenen Annehmlichkeiten wie Lobreden, Erinnerungswerke und lexikalische Eintragungen.

83 Vgl. hierfür Maschuff, Günther: „...die Mörder sind inmitten.“. Protestliteratur unter Adenauer, in: Siepmann, Eckhard (Hg.)/Lusk, Irene (Bearb.): Kalter Krieg und Capri-Sonne. Die fünfziger Jahre. Politik - Alltag - Opposition, Berlin 1981, S. 118-122, hier S. 118.

84 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 87.

85 Vgl. o.V.: Auch in England erheben Wissenschaftler ihre Stimme, in: Die Welt, 18.04.1957.

86 Vgl. Hattrup 2004 (s. Anm. 31), S. 197 f. u. S. 202. Hattrup dazu (S. 198): „Weizsäcker läßt das Wort mit einem Programm des Weltfriedens auf und gibt ihm eine geschichtsphilosophische Weite, die es nur bei ihm hat. Weltinnenpolitisch hat er schon immer gedacht, auch als er das Wort noch nicht gebraucht hat.“

87 Von Weizsäcker 1983 (s. Anm. 55), S. 342.

88 Dazu vgl. Görlich 1965 (s. Anm. 27), S. 119; Grossner, Claus: Die Quantenphysik der Weltpolitik, in: Die Zeit, 16.04.1970; v. Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 197. „In dem Augenblick, in dem eine Person bereits mehrfach massenmediale Aufmerksamkeit gefunden hat, ist sie bereits Teil der Prominenz und wird aufgrund dieser Eigenschaft weiterhin bevorzugt vermittelt.“ Peters, Birgit: Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung, Opladen 1996, S. 109.

Zeit-Reporter suchten ihn in Göttingen auf und veröffentlichten ein Portrait über ihn,⁸⁹ sein Konterfei zierte die Titelseite des *Spiegels*.⁹⁰ Im Juli 1958 stellte ihn eine Pressemeldung mittlerweile als den „bekannten“⁹¹ der Göttinger Achtzehn vor. In der *Zeit* publizierte er sodann 1958 eine Artikelserie über das „Leben mit der Bombe“.⁹² 1963 bekam er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen, seine Vorträge und Vorlesungen erhielten großen Zulauf und die EKD wie auch die Regierung Brandt warben ihn als Berater. Sogar eine Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl trug man ihm an.⁹³ Bis in die 1980er Jahre folgten zahlreiche Publikationen mit einschlägigen Titeln wie „Der bedrohte Friede“, „Fragen zur Weltpolitik“, „Wahrnehmung der Neuzeit“, „Wege in der Gefahr“ oder „Bewusstseinswandel“. Von Weizsäckers Aufstieg gipfelte in einem eigenen „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlichen Welt“.⁹⁴ Die Göttinger Erklärung besaß an all dem einen nicht geringen Anteil. Auf dem Weg zum Status des „letzten universal gebildeten Gelehrten im deutschen Sprachraum“⁹⁵ war sie eine bedeutende Etappe.

DIE GÖTTINGER ERKLÄRUNG: EINE BILANZ

Die Göttinger Erklärung stieß auf große Resonanz, was an sich schon einen Erfolg darstellt. Allerhand Akteure aus einem breiten Gesellschaftsspektrum reagierten auf sie: Regierung, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Intellektuelle und Wissenschaftler. Doch ließen sich überdies demoskopische Auswirkungen registrieren. Noch im Herbst 1955 rechnete kaum jemand in der Bonner Republik im Falle eines neuerlichen Kriegs mit dem Einsatz von Kernwaffen.⁹⁶ An diesem Zustand änderten in der Folgezeit Presseberichte über die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ebenso wenig wie über die fortwährenden Atomtests.⁹⁷ Auch, dass in NATO-Planspielen wie der „Carte Blanche“ oder dem „Lion noir“ Westdeutschland fiktiv durch hunderte Atomdetonationen radioaktiv

89 Vgl. o.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957.

90 Siehe die Ausgabe vom 08.05.1957.

91 O.V.: Prof. Weizsäcker berichtigt CDU-Propaganda, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 14.07.1958.

92 Der erste Teil findet sich in der Ausgabe 20/1958.

93 Vgl. hierzu v. Weizsäcker 1983 (s. Anm. 55), S. 346 f.

94 Zum Institut vgl. Hatrup 2004 (s. Anm. 31), S. 175-180.

95 Lindinger, Manfred: Synthesen eines Jahrhundertmannes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.04.2007.

96 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 318/S. 65.

97 Vgl. auch folgend ebd., S. 66 ff.

in Staub und Asche gelegt wurde, schreckte niemanden auf.⁹⁸ Ein Jahr vor dem Göttinger Manifest stand die Bevölkerung der Bundesrepublik Atomwaffen mit keiner entschiedenen Ablehnung gegenüber: Nur weniger als die Hälfte sprach sich dezidiert gegen Kernwaffen aus, über ein Drittel votierte hingegen für eine Ausrüstung des Bundesheeres mit atomarem Gerät,⁹⁹ ganze 35 Prozent der Befragten hießen es gut, Westdeutschland in einem Krieg notfalls auch mit Atombomben zu verteidigen. An öffentliche Proteste, wie sie der Politik zu Beginn der 1980er Jahre im Zuge der Raketenrüstung entgegen schlugen, war nicht zu denken; von einer ausgeprägten Skepsis der Bevölkerung gegenüber den drohenden Konsequenzen einer westdeutschen Nuklearbewaffnung konnte keine Rede sein.

Auch wenn sich ein direkter Zusammenhang wissenschaftlich nicht nachweisen lässt: Die demoskopischen Indizien sprechen dafür, dass die Göttinger Erklärung die Bevölkerung aufrüttelte und unter den Bürgern einen Argwohn gegenüber der atomaren Rüstungspolitik Adenauers weckte.¹⁰⁰ In Umfragen wuchs die Ablehnung in den Wochen nach dem Manifest auf über sechzig, einmal sogar über siebzig Prozent.¹⁰¹ Ein Jahr vor der Göttinger Erklärung waren einer Allensbach-Umfrage zufolge 49 Prozent gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, im April 1957 lag dieser Wert aber bei 64 Prozent.¹⁰² Im Gegenzug sackten die Zustimmungswerte zur Politik Adenauers infolgedessen in den Keller.

Das politische Manifest der Göttinger Achtzehn etablierte dank seiner medialen Durchschlagskraft die Atomwaffenproblematik als gesellschaftlich relevantes Thema und bot zugleich einen Bezugspunkt für Aktionen anderer Akteure. Zum Beispiel bildete es den Prolog zur Anti-Atombewegung in der Bundesrepublik. Ein Jahr nach der Göttinger Erklärung trieb die maßgeblich unter sozialdemokratischer Ägide organisierte Kampagne „Kampf dem Atomtod!“ Hunderttausende Menschen auf die Plätze und Straßen westdeutscher Großstädte.¹⁰³ Auch die gewerkschaftlichen Maikundgebungen 1958

98 Vgl. o.V.: Überholt wie Pfeil und Bogen, in: Der Spiegel, 13.07.1955; o.V.: Cäsar und Schwarzer Löwe, in: Der Spiegel, 27.03.1957.

99 Vgl. hier und folgend Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach am Bodensee 1957, S. 298 u. S. 360.

100 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 89; Schwarz 1991 (s. Anm. 25), S. 337.

101 Vgl. Noelle/Neumann 1957 (s. Anm. 99), S. 296; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 89.

102 Vgl. Buchstab (Bearb.) 1990 (s. Anm. 19), Fußnote 8/S. 1224.

103 Vgl. hier und folgend Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 1984, S. 52 ff.; Nehring, Holger: Die Anti-Atomwaffen-Proteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957-1964, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 22-31, hier S. 25 u. S. 29; Schildt, Axel: Bürgermacht gegen die Bombe, in: Spiegel Online/einestages, 17.04.2008, online einsehbar unter:

standen ganz im Zeichen des Atomwaffenwiderstands.¹⁰⁴ In der EKD wurde die Gottlosigkeit nuklearer Vernichtungswaffen kontrovers debattiert.¹⁰⁵ Insofern brachte die „Erklärung“ eine Themenkarriere in Gang.¹⁰⁶ Sie transportierte den Komplex atomarer Aufrüstung in eine breite Öffentlichkeit, nachdem das Thema zuvor hauptsächlich in prononciert regierungsoppositiven Publikationsorganen wie dem *Vorwärts* problematisiert worden war. Der Erfolg auch in den Medien jenseits der Parteipresse, den die Göttinger Erklärung und die Atomwaffendebatte verzeichnen konnten, erwies sich für nachfolgende Initiativen als wichtig. Die meisten von ihnen griffen gerne auf die Argumentation der Göttinger Achtzehn zurück. Diese stießen gewissermaßen Türen auf, durch die andere Akteure später leichter in die öffentliche Debatte eintreten konnten. Denn Proteste und Anliegen lassen sich eher in Medienorganen vermitteln, wenn sie zuvor schon einmal Medienaufmerksamkeit auf sich gezogen haben.¹⁰⁷

Nicht nur das. Von der Erklärung der Göttinger Achtzehn ging ferner ein Impuls der Aufklärung aus. Ihr Text entlarvte die politischen Aussagen des Bundeskanzlers als eine euphemistische Bagatellisierung und klärte über verschwiegene Risiken der Regierungspolitik auf. Gerade die Ära Adenauer wies in ihrer Hochphase während der 1950er Jahre ein problematisches Defizit kritischer Medienberichterstattung auf. Die für eine demokratische Presse unrühmlichen Attribute Zurückhaltung, Höflichkeit, Gefälligkeit, Staatsnähe, Anpassungsbereitschaft, Harmoniestreben und Vereinnahmung gegenüber der Regierungspolitik charakterisieren die 1950er Jahre,¹⁰⁸ in der die Adenauer-Regierung es geschickt verstand, das Bonner Journalisten-

http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht_egen_die_bombe.html [eingesehen am 17.04.2008].

104 Vgl. Michaltscheff 1994 (s. Anm. 79), S. 80.

105 Vgl. Iwand, Hans: Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 185 ff.; Wortlaut der Anfrage an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, abgedruckt in: ebd., S. 213-216.

106 Zu Themenkarrieren vgl. Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 44 (1994) H. 39, S. 11-20.

107 Vgl. zu diesem Phänomen des „selection bias“ Laubenthal, Barbara: „Der Tod braucht keine Papiere“ – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 266-284, hier S. 268.

108 Vgl. auch im Folgenden Hodenberg, Christina v.: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945 - 1973, Göttingen 2006, S. 183-228, S. 205-214 sowie S. 443.

korps in eine „enge Umarmung“¹⁰⁹ zu zwingen. Der Kanzler beschäftigte eigens Leute wie Otto Lenz und Hans Edgar Jahn, um heikle politische Verfahren wie die Wiederbewaffnung, die Westintegration und eben auch die angestrebte Atombewaffnung „so gut wie möglich gegen den öffentlichen Diskurs abzuschotten“¹¹⁰. Die Informationspolitik Adenauers war daher hochgradig intransparent und verfolgte vor allem das Ziel, die Bevölkerung im Unklaren über die eigentlichen Regierungsabsichten zu belassen. Die Forschung schalt sie nicht zufällig „Manifestation eines autoritären Bewusstseins“, die „Pluralismus, Deliberation und Transparenz“ keine Existenzberechtigung einräumte.¹¹¹ Aus demokratiemoralischer Sichtweise existierte also speziell in der Zeit Konrad Adenauers Kanzlerschaft ein besonderer Bedarf an Aufklärung.

Jenseits der traditionellen Stätten politischer Willensbildung – wie den Parteien, Parlamenten, Regierungen und Verbänden – stärkte die Göttinger Manifestation die Fähigkeit der Bevölkerung zu plebiszitärer Willensbildung, indem sie zum Teil bewusst ignorierte, wenn nicht gar verschleierte Themen und Zusammenhänge diskutierte und diese in eine konzise Argumentation einband. Der Text der Göttinger Erklärung appellierte zwar in erster Linie an die politische Exekutive. In zweiter Linie lud er aber den einzelnen Staatsbürger dazu ein, über die Problematik einer auf Atomwaffen gestützten Verteidigungspolitik nachzudenken. Es handelte sich somit um eine direkte Ansprache des politisch mündigen Bürgers, der sich in die Debatte einbezogen und zur Teilnahme aufgerufen fühlen durfte. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies interessant, leistete das Manifest, gestützt auf seine spektakuläre Verarbeitung durch die Massenmedien, einen – wenn auch vielleicht nur bescheidenen – Beitrag wider die Abkopplung des Bürgers vom politischen Prozess, stiftete es möglicherweise demokratische Inklusion.

BEDINGUNGEN EINES ERFOLGS: ERSTAUNLICHE MEDIENKOMPATIBILITÄT

Doch was erklärt eigentlich das erstaunliche Wirkungsvermögen des Manifests, seinen medialen Erfolg und die Rezeption zahlreicher gesellschaftlicher Akteure? Zunächst wären da die besonderen Ressourcen der Manifestanten zu nennen. Bei ihnen handelte es sich sämtlich um habilitierte Akademiker, ehrwürdige Ordinarien mithin, die sich soziodemographisch uni-

109 Ebd., S. 201.

110 Weiss, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung, in: Bösch, Frank/Frei, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 73-120, hier S. 117.

111 Ebd., S. 102.

verseller Achtung unter der Bevölkerung erfreuen durften.¹¹² Ihre atomwissenschaftliche Profession, in der sie sich durch wichtige Forschungsleistungen als international anerkannte Meister ausgewiesen hatten, eignete sich ideal für eine Stellungnahme zur Nuklearwaffendebatte. Die meisten ihrer Aussagen im Manifest waren dank dieses authentischen Spezialistenstatus kaum anfechtbar. Sodann steigerten Titel und Positionen einiger Manifestanten das Prestige nochmals.¹¹³ Unter den Achtzehn befanden sich vier Nobelpreisträger, nicht wenige bekleideten führende Stellungen in den beiden großen Wissenschaftsorganisationen, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Ferner immunisierte sie ihre hinsichtlich Habitus und sozialstruktureller Merkmale erkennbare Bürgerlichkeit gegenüber Versuchen, sie kommunistischer Attitüden zu verdächtigen, gar als Agenten Moskaus zu überführen.

Überdies waren drei wichtige Rollen hervorragend besetzt: Der hochangesehene Otto Hahn sicherte dem Unterfangen die öffentliche Reputation, während das Genie Werner Heisenberg die über alle Zweifel erhabene wissenschaftliche Expertise verkörperte. Und mit Carl Friedrich v. Weizsäcker wussten die Achtzehn einen außerordentlichen Manifest-Strategen in ihren Reihen. Letzterer hatte bereits bei dem Mainauer Vorgänger-Manifest die Feder geführt; und so redigierte v. Weizsäcker auch im Falle der Göttinger Erklärung jeden einzelnen Satz. Seit Mainau hatte er sich Gedanken gemacht, was an der erfolglosen „Kundgebung“ nicht gestimmt hatte. Der Religionsphilosoph Martin Buber inspirierte ihn schließlich dazu, in dem Folge-Manifest eine konkrete Konsequenz einzubauen; es sei wichtig, dass „man den Leuten sagt, was man selber tun wird“¹¹⁴. Und so ergänzte er den neuen Entwurf um die Proklamation, sich unter keinen Umständen „an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen“. Von Weizsäcker jedenfalls war wichtig – als Initiator, treibende Kraft, kreativer Gestalter und praktischer Organisator der Göttinger Erklärung.

Die Manifest-Formulierung stellte zudem keine überwältigenden Ansprüche an das Text- und Technologieverständnis seiner Rezipienten. Durch ihren Verzicht auf introvertierten Fachjargon zugunsten plastischer Beispiele vermochte sie „hermeneutische Brücken“¹¹⁵ zu spannen und die Kluft

112 Vgl. zum Beispiel o.V.: Diese Herren, in: Der Spiegel, 19.02.1968.

113 Vgl. Schirmacher, Arne: Wiederaufbau ohne Wiederkehr. Die Physik in Deutschland nach 1945 und die historiographisch Problematisierung des Remigrationskonzepts, Arbeitspapier des Münchner Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte 2005, S. 11 f.; ders. 2007 (s. Anm. 18), S. 16 f.; Schlüpmann (s. Anm. 7), <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

114 Zitiert nach Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 121.

115 Schmidt-Tiedemann, K. Joachim: Experten und Bürger – Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien.

zwischen „der Wissenschaftswelt des Experten und der Lebenswelt des Bürgers“¹¹⁶ zu überwinden. Das Manifest erging sich in seinen Forderungen nicht im Utopischen, sondern fokussierte auf das politisch Machbare. Nicht etwa die sofortige Abrüstung der gesamten, erst kürzlich teuer angeschafften Atomwaffenarsenale der beiden Supermächte war Gegenstand des Appells. Nein, man verlangte den Verzicht auf eine politische Absicht, die sich noch im Stadium von Verhandlung und Planung befand. Indem ebenso einprägsam wie anschaulich auf die Zerstörung deutscher Städte und die Verseuchung deutscher Landstriche abgehoben wurde, schuf das Manifest außerdem eine konkrete Bedrohung der alltäglichen Lebenswelt, wodurch die persönliche Betroffenheit des Publikums sehr hoch ausfiel. Schließlich wurde mit dem „Atomtod“ auf eine Gefahr rekurriert, die alle Bundesbürger gleichermaßen betraf. Und indem sie sich spezifisch an die Bundesregierung richtete, statt alle Exekutiven weltweit zu adressieren, benannte sie einen erreichbaren Verursacher dieser potenziellen Gefahr,¹¹⁷ schuf sie sich einen individuellen Kontrahenten.

Ebenfalls bedeutsam war der Zeitpunkt der Veröffentlichung. Die „Erklärung“ wurde den Redaktionsstuben von *FAZ* und *dpa* an einem Freitag übermittelt.¹¹⁸ Indem man einen Samstag zum Veröffentlichungstag bestimmte, ging man sicher, dass die politischen Akteure zumindest in der Presse nicht umgehend eine große Gegenoffensive würden starten können. Die Göttinger Erklärung bekam dadurch ein Wochenende lang Zeit, um auf ihre Leser einzuwirken. Überhaupt das Datum: Das Manifest wurde unmittelbar vor Beginn des Bundestagswahlkampfes platziert – für die Regierung eine Phase besonderer Verwundbarkeit. Zugleich bewirkten die Prominenz einiger Manifestanten wie auch die duellähnliche Konstellation zwischen Kanzler auf der einen und Wissenschaftlern auf der anderen Seite einen hohen Grad an Personalisierung des Konflikts. Medien goutieren derlei. Denn für die journalistische Berichterstattung, die Kommentierung tagespolitischer Ereignisse in Form von Leitartikeln und die Portraitierung schillernder Persönlichkeiten – noch dazu in der feiertäglich-kontemplativen Osterzeit – wurde reichlich Material geboten. Der Sensationsgehalt ließ sich also medial trefflich für die Aufmachung von Titelseiten, die Erstellung von Portraits beteiligter Charaktere sowie das Verfassen von Kommentaren verwerten. Auch der Gemütszustand der westdeutschen Bevölkerung bot für das Mani-

Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 27-43, hier S. 32.

116 Ebd., S. 31.

117 Vgl. dazu Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31-89, hier S. 74.

118 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 367/S. 74 u. Fußnote 400/S. 81.

fest eine günstige Voraussetzung, waren doch die Bundesbürger durch die jüngsten Ereignisse des Jahres 1956 – die Suez-Krise und der Ungarn-Aufstand – hinreichend in weltpolitische Panik versetzt, schließlich schien ein neuerlicher Weltkrieg möglich.

Förderlich wirkte sich im Übrigen die Abwesenheit eines parallelen Manifests aus. Bei der Mainauer Kundgebung hatte nur wenige Tage zuvor der britische Multi-Gelehrte Bertrand Russell ein Manifest veröffentlicht, das erstens die Mainauer Kundgebung inhaltlich vorweg nahm, zweitens von einer noch weitaus größeren Anzahl von Nobelpreisträgern aus aller Herren Länder signiert war und drittens als „Rivale“ um die knappe Medienaufmerksamkeit mit dem Mainauer Manifest in Konkurrenz trat. Mit anderen Worten: Die Medienkompatibilität des Göttinger Manifests nahm sich geradezu ideal aus.

Die anhaltende Popularität der Göttinger Achtzehn und ihrer Erklärung sowie deren regelmäßige Huldigung zu immer wiederkehrenden Jubiläumsjahren:¹¹⁹ All dies nährt sich vor allem aus der Zeitlosigkeit ihres Inhalts, ihrer immerfort gegenwartstauglichen Thematik, einer permanenten Aktualität. Denn solange nukleare Waffenvernichtungsmittel existieren, bleibt die Gültigkeit ihrer Warnung bestehen. Dieser thematische Bezugspunkt prädestinierte gewissermaßen die Nachhaltigkeit des Inhalts, dessen Dringlichkeit noch immer gegeben erscheint.¹²⁰ Die Göttinger Erklärung wird deshalb auch in Zukunft Erwähnung finden und – aller Realität zum Trotz – vor allem als ein moralisch bewundernswerter Akt exzellenter Zivilcourage Geltung finden.

119 Vgl. stellvertretend Karisch, Karl-Heinz: Die Rebellion der Physiker, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2007; o.V.: „Wir können nicht schweigen“ – 50 Jahre Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2007; o.V.: Göttinger Erklärung wird 50, in: Süddeutsche Zeitung, 14.04.2007; Paul, Reimar: Das Manifest der Physiker, in: die tageszeitung, 12.04.2007.

120 Vgl. Hahnfeld, Bernd: Atomwaffenfreies Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2007, S. 471-477, hier S. 471 ff.

